



Medienkommentar

Europawahlen: Wahlversprechen versus realer EU-Politik



Am Sonntag, den 25. Mai 2014 wählen die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten das europäische Parlament...

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am Sonntag, den 25. Mai 2014 wählen die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten das europäische Parlament. Die Slogans auf den Wahlplakate der großen Parteien in Deutschland sprechen aus, was sich viele Bürger sicherlich wünschen würden: „Ein Europa der Chancen. Nicht der Arbeitslosigkeit“ ... „Chancen statt Schulden“... „Ein Europa des Miteinanders. Nicht des Gegeneinanders.“ ... „Ein Europa der Demokratie. Nicht der Bevormundung.“

Doch stellen wir diesen Wahlversprechen einmal einige Fakten aus jüngster Vergangenheit der EU-Politik gegenüber, dann ergibt sich folgendes Bild:

- Ein Europa der Chancen. Nicht der Arbeitslosigkeit 1)
 - Fakt ist: In den letzten 4 Jahren stieg die Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern von 9% auf knapp 11%. Das allein ist schon kein Ruhmesblatt - dramatisch wird es aber, wenn man sich die größten Verlierer anschaut: In Portugal stieg die Arbeitslosigkeit von 10,6% auf 15,6% – in Spanien von 18% auf 26,7% – und Griechenland von 9,5% auf 27,4%!
- Damit Europa mehr Arbeit und Wachstum schafft 2)
 - Fakt ist: Die Jugendarbeitslosigkeit – d.h. der Menschen im erwerbsfähigen Alter unter 25 Jahren – ist in den bereits genannten Verliererländern der EU geradezu katastrophal: in Portugal 30,1%, in Griechenland 44,4% und in Spanien 46,4% - Tendenz in allen drei Ländern steigend. Aber auch die restlichen EU-Länder geben mit Zahlen im hohen zweistelligen Prozentbereich ein äußerst armseliges Bild ab.
- Mehr Lohn. Mehr Rente. Armut bekämpfen. 3)
 - Fakt ist: In den Jahren 2000 bis 2010 ist die Armutsrate allein in Deutschland – einem der reichsten Länder in der EU – um nicht weniger als 43,6% gestiegen.
- Chancen statt Schulden 4)
 - Hier ein paar Zahlen zur Entwicklung der Staatsverschuldung in den letzten 13 Jahren: Deutschland von 60% auf 82%, Frankreich von 57% auf 92%, England von 41% auf 93% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Und die Verlierer sind auch hier: Spanien von 59% auf 97%, Portugal von 48% auf 124% und Griechenland von 102% auf unglaubliche 182% bezogen auf das jeweilige BIP.
- Ein Europa der Demokratie. Nicht der Bevormundung. 5)
 - Fakt ist: Im September 2012 ratifiziert die Bundesregierung den ESM-Vertrag – allen Gegenstimmen aus der Bevölkerung zum Trotz und ganz zu schweigen von der inzwischen abgewiesenen Klage bedeutender Wirtschaftsexperten vor dem Bundesverfassungsgericht. Zur Erinnerung: ESM steht für Europäischen Stabilitätsmechanismus und meint, dass die Länder der EU sich verpflichten bei Bedarf für die Bankschulden eines anderen Mitgliedslandes aufzukommen. Die Last tragen dabei die Steuerzahler, der heute und zukünftig kein Widerspruchsrecht hat.
- Ein Europa des Miteinanders. Nicht des Gegeneinanders. 6)

☐ Fakt ist: Die EU hat den Putsch gegen die legitim gewählte Regierung Janukowitsch in der Ukraine mit unterstützt und sich schuldig gemacht, dass die Ukraine nun zerrissen ist und sich in der vermutlich größten Krise ihrer Geschichte befindet. Deren Ausgang ist völlig offen – einen alles vernichtenden Krieg in Europa eingeschlossen.

Dies sind nur einige Beispiele der aktuellen EU-Politik bzw. deren Auswirkungen bis auf den heutigen Tag. Wenn die Wahlplakate die Ziele der EU-Parlamentarier für die neue europäische „Legislaturperiode“ widerspiegeln, dann stellt sich die Frage: Woran haben unsere Volksvertreter denn bisher gearbeitet? Oder bewahrheitet sich eben doch die Volksweisheit – Zitat: „Ein Staubsaugervertreter verkauft Staubsauger. Ein Versicherungsvertreter verkauft Versicherungen. Ein Volksvertreter verkauft das Volk.“

Denn allen vollmundigen Wahlversprechen zum Trotz steht Europa vor einem finanziellen Chaos und darüber hinaus nur weniger Schritte von einem 3. Weltkrieg entfernt. Und die Völker Europas werden weniger gefragt denn je. So erinnern wir zum Ende dieser Sendung an einen weiteren Spruch aus des Volkes Mund: „Würden Wahlen etwas ändern, wären sie verboten.“

Die Entscheidung darüber, welches Wahlverhalten die deutlichste Botschaft an Brüssel sendet, bleibt natürlich jedem Wahlberechtigten selbst überlassen. Medienklagemauer-TV wird auch in Zukunft die Entscheidungen der EU an ihren Wahlversprechen messen! Ihnen einen guten Abend!

von cm

Quellen:

http://www.google.de/imgres?imgurl=http%3A%2F%2Fupload.wikimedia.org%2Fwikipedia%2Fcommons%2Fthumb%2F9%2F97%2FGermanyUnemploymentRate.svg%2F645px-GermanyUnemploymentRate.svg.png&imgrefurl=http%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2Fwiki%2FArbeitslosenstatistik&h=411&w=645&tbid=PxoUGtGz0oIpMM%3A&zoom=1&docid=ESnOWjdt5LMNrM&ei=_69iU-P9MPT64QSro4DoDg&tbm=isch&iact=rc&uact=3&dur=1697&page=1&start=0&ndsp=40&ved=0CGIQRQMwAwhttps://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Staatsschuldenquote_in_DE.pdf&filetimestamp=20130323105249&http://www.designtagebuch.de/die-plakate-zur-europawahl-2014-teil-1/http://www.designtagebuch.de/die-plakate-zur-europawahl-2014-teil-2/

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.